

# Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Druckerei: J. B. Schmitt, Frankenberg. Druck: J. B. Schmitt, Frankenberg. Druck: J. B. Schmitt, Frankenberg.

Druckerei: J. B. Schmitt, Frankenberg. Druck: J. B. Schmitt, Frankenberg. Druck: J. B. Schmitt, Frankenberg.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Nöbha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa. Herausgeber, Notationsdruck und Verlag: C. G. Koberg (Inhaber Ernst Koberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg.

Nr. 62

Dienstag den 14. März 1922 nachmittags

81. Jahrgang

## Reinigung der Geschäftsräume des Stadtrates

Freitag und Sonnabend, den 24. und 25. März 1922, bleiben der Reinigung wegen sämtliche Geschäfts- und Kassenstellen des Stadtrates geschlossen. Dringliche, insbesondere handesamtliche und polizeiliche Angelegenheiten werden an den bezeichneten Tagen in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags — im Hofe des Rathauses — erledigt. Stadtrat Frankenberg, am 15. März 1922.

Auf Blatt 292 des Handelsregisters, bezir. die Firma White, Child & Beney Girocco-Werk in Oberlichtenau ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: White, Child & Beney Girocco-Werk Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das Handelsgeschäft ist Zweigniederlassung der in Berlin bestehenden Hauptniederlassung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Dezember 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Import und Export, sowie Fabrikation und Vertrieb aller Art Maschinen und Zubehörteile, Ventilatoren und ähnlicher Artikel, der An- und Verkauf und Betrieb

von In- und Auslandspatenten, sowie die Ausführung von Handelsgeschäften aller Art; ferner der Fortbetrieb des von dem Gesellschafter William Augustus Beney unter der Firma White, Child & Beney Girocco-Werk in Oberlichtenau mit Zweigniederlassung Berlin betriebenen Unternehmens.

Die Dauer der Gesellschaft ist auf 10 Jahre festgelegt. Wird der Vertrag nicht drei Monate vor Ablauf von einem der Gesellschafter durch eingeschriebenen Brief gekündigt, so gilt er auf ein Jahr verlängert.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zweihunderttausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt: a) der Kaufmann Arthur Beney in London, b) der Kaufmann Douglas Carpenter in London, c) der Kaufmann Carl Wilhelm Leggus in Berlin. Jeder der Geschäftsführer ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird weiter noch bekannt gemacht: Der Gesellschafter William Augustus Beney in London hat als Einlage in die Gesellschaft eingebracht: Das von ihm unter der Firma White, Child & Beney Girocco-Werk in Oberlichtenau mit der Zweigniederlassung in Berlin betriebene Handelsgeschäft mit Aktien und Posten nach dem Stande vom 30. November 1921. Der Gesamtwert des eingebrachten Geschäfts beträgt 150.000 Mark.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger. Amtsgericht Frankenberg, den 13. März 1922. 1 A.-Reg. 75/22.

## Das Wichtigste vom Tage

Die Interalliierte Kommission für das Rheinland zeigte am Sonntag den deutschen Behörden an, daß sie eine Arbeitsruhe am 1. Mai in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Unternehmungen des besetzten Gebietes nicht zulassen werde. Die Preisbeschränkung ergab, wenn man das Jahr 1913 mit 100 einsetzt, die Zahl 4103 im Februar gegenüber 3865 im Januar 1922, d. h. eine Steigerung um etwa 12 Prozent. An der Preisbeschränkung sind alle Warengruppen beteiligt, mit der Maßgabe, daß Inlandswaren um 10 Prozent, Einfuhrwaren um 14,3 Prozent im Großhandel gekürzt sind.

Bei den rätlichen Wahlen in London ergab sich eine erhebliche Mehrheit für die deutschen Kandidaten. Dieser Erfolg war nach dem Abstimmungsresultat über die Staatsangehörigkeit zu erwarten, er bleibt aber deshalb bemerkenswert, weil den zahlreichen zugezogenen dänischen Beamten das Wahlrecht zugesprochen worden war, obwohl sie noch nicht ein Jahr am Orte wohnhaft waren.

Der bisher im Hungergebiet von Kasan arbeitende Deutsche Sanitätszug hat sich, nachdem er von Moskau mit aus Deutschland bezogenen Medikamenten neu versorgt ist, nach Saratow begeben, um dort einige Monate in dem Gebiet der deutschen Kolonie Hilfe zu leisten.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti führte in einer Rede über Italiens Wirtschaftslage aus, daß, wenn Italien sich nicht wieder als mittel-europäisches Land fühle und den Verkehr mit Rußland nicht wieder aufnehmen, die Räder nicht geölt werden könnten, und die Welt ohne wahren Frieden niemals wieder gedeihen könnte. Wegen solcher verständiger Anschauungen ist er jederzeit mit Rücksicht auf die französischen Soldaten in Rom, gekürt worden.

Anstelle des wegen seiner unglücklichen äußeren Politik und seiner Mißerfolge bei seiner Rundreise in den Hauptstädten der Entente gestürzten Premierministers Giannini ist vom König von Griechenland Stratos, der Parteiführer einer eigenen Gruppe in der Kammer, berufen worden. Stratos, der zu Benizelos hinneigt, ist vielleicht eher in der Lage, etwas für sein im Verfall befindliches Vaterland zu tun, da sich der Widerstand der Ententemächte, namentlich Englands, gegen den König Konstantin richtet.

In allen Kulturländern Indiens, die von Gläubigen überläßt sind, werden täglich Gebete für den von der englischen Regierung verhafteten Führer der nationalen Bewegung, Gandhi, abgehalten. Die Verhaftung Gandhis, der den gebildeten Kreisen Indiens als Prophet der Wiedergeburt des Landes, der Waise als auserwählter Buddha gilt, kann nur ein Verhängnis sein, ohne irgendwie die Bewegung einzudämmen, da sie so gut organisiert ist, daß sie auch ohne ihren verhafteten Führer namentlich durch Boykott und Steuerverweigerung arbeiten kann.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, wurden von russischer bolschewistischer Seite Vorbereitungen getroffen, um in Schweden große Waffenkäufe zu tätigen.

## Wirtschaftspolitische Rückblick

Von unserem Berliner Mitarbeiter. Wir leben wieder einmal in einer Periode geschäftlicher Hochkonjunktur, wie immer in Zeiten rascher Preissteigerungen, wo jeder seinen Bedarf schleunigst zu decken sucht, bevor die Preiswelle noch höher steigt. Industrie und Handel können die Nachfrage nach Waren kaum mehr bewältigen. Die Leipziger Messe bedeutete infolgedessen wieder einen Misserfolg, als der Besuch der Käufer aus dem Inlande und noch mehr aus dem Auslande ein ungeheurer war und auch die höchsten Erwartungen übertraf. Aber im Handumdrehen waren die vorzulegenden Vorräte verkauft, die Fabrikanten mit Bestellungen überhäuft und so bekamen die Käufer, selbst wenn sie hohe Preise boten, fast überall die Antwort, daß weitere Aufträge nicht mehr entgegengenommen würden. Schuld daran ist vor allem die gewaltige Verteuerung der Rohstoffe, die aus dem Auslande bezogen werden müssen. Die Schwächung unserer Währung, die sich in den letzten Wochen wieder vollzogen hat, und die sich in einem Dollarstande von 250 bis 280 Mark aus-

## Die deutschen Zahlungen erreichen noch nicht die Hälfte der Besatzungskosten

Paris, 13. 3. Nach der „Chicago Tribune“ werden zu den 241 Millionen Dollar amerikanischen Besatzungskosten ab 1. Mai 1922 noch weitere 23 Millionen Dollar für die Zeit bis 1. Mai 1922 hinzu kommen. Damit steigen die gesamten alliierten Besatzungskosten im Rheinland bis zum 1. Mai 1922 auf rund 3 1/2 Milliarden. Nach der amtlichen Aufstellung, die die Reparationskommission vor einer Woche herausgegeben hat, sind von Deutschland bis jetzt 1370 Millionen Goldmark bezahlt worden, wobei die sechs Detachments von je 31 Millionen Goldmark eingerechnet sind. Die Summe, die Deutschland bis jetzt gezahlt hat, reicht bei weitem nicht aus, und die Hälfte der bisherigen Besatzungskosten ist noch zu bezahlen.

Die Saläre ist vollkommen, die Weltgeschäfte hat sich einen neuen Weg gesucht. Der Schritt vom — angeblich — Erdbeben zum Bächerischen ist getan.

Die Staatsbankrott der Entente sah das beste Mittel zur Erzielung einer möglichst hohen Entschädigungssumme von Deutschland in der Besetzung unterer Weltmärkte. Dort lebten die Truppen und Beamten der Alliierten in Genuß und Braus, denn Deutschland bezahlte alles. Die Besetzung schien sich auch tatsächlich zu lohnen, denn unter ihrem Druck mußte Deutschland noch größere Leistungen zugehen, als ihm der Versailles Vertrag auferlegt hatte, es zahlte tatsächlich bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Man dachte deshalb in Paris längst daran, durch Erweiterung der Besatzungszone — Gründe für Sanftionen sind ja schon gefunden — das Geschäft auszubauen und noch mehr aus Deutschland herauszupressen, das Reparationsgeschäft noch ertragreicher zu gestalten. Doch diese „Kalkulation“ hatte einen Fehler: Die Besatzungskosten, die man so nebenbei auch noch Deutschland aufbürden wollte, wohl gemerkt, außer den Entschädigungszahlungen. Als man aber jetzt diese „Rechenplan“ der Besatzungskosten zusammenrechnete, ergab sich eine Summe, die mehr als doppelt so hoch ist, als die gesamten Einnahmen aus dem Exportgeschäft. So etwas nennt man im Privatleben unglückliche Geschäftsberechnung. In der Ententepolitik wird man es aber wahrscheinlich als einen neuen Beweis für Deutschlands bösen Willen erklären.

brückt, trägt natürlich noch dazu bei, daß die Preise der Rohstoffe, die eingeführt werden, eine schwindende Höhe erreicht haben. Nur die ausländischen Käufer, denen der hohe Stand der Auslandsdevisen bei der Umrechnung in ihre heimische Währung wieder zugute kommt, können auch zu den höchsten Preisaufschlägen noch Bestellungen ausgeben und durchführen die deutschen Käufer nicht selten vollständig. Nur einige Rohmaterialien, wie Eisen und Stahl, scheinen im Inlande fast einen Preis erreicht zu haben, der den Weltmarktpreisen entspricht. Besonders groß ist die Teuerung in der Textilindustrie geworden, weil eben die Rohstoffe Baumwolle und Wolle zu Weltmarktpreisen aus dem Auslande bezogen werden müssen. Trotzdem sind die Textilfabriken mit Aufträgen für Monate versehen und müssen weitere, langfristige Bestellungen ablehnen, weil die Preissteigerung auf längere Zeit hinaus nicht absehbar ist und daher wegen des zu hohen Risikos Lieferungsverträge über Mail/Juni hinaus ablehnen. Aber auch die übrigen deutschen Industrien sind fast durchweg reichlich beschäftigt. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Siemens und Halske A. G. z. B. teilte der Vorsitzende C. F. v. Siemens mit, daß der Bestellschlagung derzeit ein außerordentlich harter sei, so daß die Werte in den meisten Abteilungen auf Monate hinaus voll beschäftigt seien. Eine größere Arbeitslosigkeit brauchen wir also in Deutschland zunächst nicht zu befürchten. Trotzdem haben jahrelange Wirtschaftskrisen zu

## Was uns die Kontrollkommissionen kosten

Die ungeheure Teuerungswelle, die seit dem Herbst vorigen Jahres Deutschland überflutet hat, veranlaßt die Entente auch dazu, die Zulagen für die Mitglieder der Kontrollkommissionen ganz erheblich heraufzusetzen. Die Erhöhung der Bezüge ließ sich umso leichter bewerkstelligen, als bekanntlich Deutschland die Heimatlohnne, als auch die Zulagen und die Aufenthaltskosten sämtlicher Mitglieder der Kontrollkommissionen bezahlen muß. Wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, sind die Sätze für die Monate November und Dezember 1921 um 38 v. H. der bisherigen Bezüge erhöht worden, so daß sich die Monatsbezüge der einzelnen Kommissionsmitglieder jetzt auf folgende Summen belaufen:

Ein General und Vorsitzender erhält monatlich 65.550 Mk., ein General 48.300 Mk., ein Oberst 34.800 Mk., ein Major 31.050 Mk., ein Hauptmann und Leutnant 29.325 Mk., ein Unteroffizier 15.939 Mk., ein Gemeiner 9.650 Mk.

Daneben stellt sich also das Jahresinkommen des französischen Generals und Vorsitzenden der Kontrollkommission, berechnet nach dem gegenwärtigen Markkurs, auf:

Heimatzulage als Divisionsgeneral 740.200 Mk.  
rund 800 Francs = 786.000 Mk.  
Zulagen in Deutschland = 786.000 Mk.

Zusammen 1.526.200 Mk.  
Außerdem kostet die persönliche Unterhaltung des Generals jährlich etwa 300.000 Mk.

Insgesamt kostet der General also 1.826.200 Mk. Der englische General Bingham bezieht an Heimatzulage etwa 45.120 ab = 2.473.600 Mk. Zulagen in Deutschland = 786.000 Mk. Unterhalt = 300.000 Mk.

Insgesamt also 3.620.000 Mk. Um das Bild zu vervollständigen, sei auch die von Deutschland zu zahlende Löhnung eines einfachen englischen Soldaten, einer Ordonanz oder eines Schreibers der der Kommission angehängt. Er erhält:

Heimatzulage 4500 ab = 246.700 Mk.  
Zulage für Deutschland = 115.920 Mk.

Zusammen also 362.620 Mk. Velder ließ sich nicht feststellen, wie hoch sich die Unterhaltskosten für die einfachen Soldaten belaufen, doch ist nach den oben genannten Zahlen leicht denkbar, daß sich die Summen noch sehr erheblich erhöhen werden.

ber Scheinbar so glänzenden Geschäftskonjunktur kein Zutrauen und verheißt ihren starken Pessimismus nicht. Denn das glänzende Aussehenbild ist ja nur durch die so rapide fortschreitende Marktentwertung, durch die Angst vor noch viel höheren Preisen entstanden. Einmal aber muß die Kaufkraft des Inlands zusammensinken. Dieser Anblick ist offenbar auch die Börse, denn der Steigerung der Devisenkurse um etwa 25 bis 30 Prozent ist keineswegs eine entsprechende Kurssteigerung auf den Effektenmärkten gefolgt. Die Stimmung ist vielmehr zurückhaltend und schwankend, trotz guter Konjunktur, günstiger Geschäftsbilder und geringer Ausflüchten auf einen Wandel in der politischen Weltlage. Man ist sich des Grades und der Gefährlichkeit der Entwicklung, die unsere Geld- und Preisverhältnisse genommen haben, mit Recht bewußt.

## Genua endgültig am 10. April

Paris, 14. 3. Chamberlain erklärte im Ankerhaus, die russische Regierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz bestehen werde aus Demin, Tschicherin, Kassin und Litwinow sowie 11 weiteren Delegierten. Ein Abgeordneter fragte, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Erwerbungen zu schützen. Chamberlain erwiderte darauf, das sei eine Frage, die die italienische Regierung angehe. Auf weitere Fragen

erklärte Chamberlain, die Abgeneigtheit der amerikanischen Regierung, an der Konferenz teilzunehmen, werde zu keinerlei Verschärfung des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die erste Sitzung der Konferenz sei auf den 10. April festgelegt. Auf eine Frage, ob die Aburteilung der deutschen Kriegsverantwortlichen unter den Fragen sei, die in Genua zur Behandlung kommen werden, antwortete Chamberlain mit „Nein“.

## Der Haufabund fordert einen Bloß der Vernunft

Die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes wächst von Tag zu Tag. Dürftig liegt die Zukunft vor ihm. Reich, Länder und Gemeinden wissen in ihren finanziellen Sorgen weder ein noch aus. Die steigende Teuerung droht zahlreichen Familien zum Verhängnis zu werden. Der Heimbund drängt auf Jähren. Die Ausgabe von immer neuem Papiergeld erhöht im verderblichen Kreislauf das wirtschaftliche Elend. Der parteipolitische Hauf bloß wie nur je. Das Parteiprogramm gilt vielen auch heute alles. Das verarmende deutsche Volk ist des politischen Stretles überdrüssig. Es verlangt, daß die Parteien die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Tages erkennen.

Besserung kann nur der Zusammenfluß der Parteien zu einem Bloß der wirtschaftlichen Vernunft und tatkräftigen Hilfe bringen. Es gilt parteipolitische Gefühle durch wirtschaftspolitischen Handeln zu erlösen.

Das Präsidium des Haufabundes hält die Stunde für gekommen, um die Parteien und ihre Führer eindringlich aufzufordern, endlich das Fremden bei Seite zu lassen und einen einheitlichen, geschlossenen Bloß der nationalen Arbeit zu schaffen.

Deutschland ist unrettbar verloren, wenn es nicht gelingt, alle Kräfte des deutschen Wirtschaftslbens in positiver Leistung zusammenzufassen.

Geschieht dies nicht, so wird die ungeheure Not der Zeit dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft über die Parteien hinweg sich eigene Wege sucht.

## Ein jährlicher Nachtragsetat über 300 Millionen Mark

Die Regierung hat dem jählichen Landtage jetzt eine Vorlage über Nachgewollungen und Neueinstellungen von Anforderungen in die außerordentlichen Staatshaushaltpläne für 1921 und 1922 zugehen lassen, die sich in der Hauptsache auf die verbenden Unternehmen des Staates erstrecken. Von der rund 297 Millionen Mark betragenden Summe entfallen allein etwa 200 Millionen auf den Rohstoffbau. In der Begründung stellt die Regierung fest, daß der eingestellte Kapitalbedarf der verbenden Staatsunternehmen infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse ein wesentlich höherer geworden ist. Die eingezeichnete Geldentwertung hat zur Folge, daß die in den außerordentlichen Staatshaushaltplänen eingestellten Kapitalbeträge vor Ausführung der neuen Anlagen, für die sie bestimmt sind, nicht ausreichen.

Weiter sind seit der Einstellung des Kapitalbedarfs im außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1922 bei einzelnen Betrieben neue und dringliche Anforderungen für Reparaturen aufgetreten, für die schon jetzt Mittel bereitgestellt werden müssen, teils im Interesse des ungeführten Fortganges der Betriebe und zum anderen, um die höheren Kosten bei späterer Ausführung und weiterer Preissteigerung zu vermeiden. Sodann ist es, nachdem die kaufmännische Betriebsweise seit 1. April 1921 bei allen der Bergverwaltung unterstehenden verbenden Staatsbetrieben eingeführt ist, nötig, daß ihnen flüssige Betriebsmittel zur Verfügung gestellt werden. An Einstellungen sind daher vorgesehen: Im

außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1921: Kapitalbedarf der Wärmor- und Kalkwerke erhöht um 1.423.000 auf 5.423.000 Mark, der Porzellan-